

Washingtons Kreuzzug gegen russisches Öl scheitert

Da es den USA nicht gelang, Indien vom russischen Öl abzubringen, griffen sie zu ihrer Lieblingswaffe: Sanktionen. Aber Zwang hat seinen Preis.

24.10.2025 | Henry Johnston

Stellen Sie sich einen mächtigen Verehrer vor, der monatelang um eine junge Dame wirbt, nur um mit Widerstand und Unentschlossenheit konfrontiert zu werden. Da seine ungeschickten Annäherungsversuche zu nichts führen, entführt er das Mädchen spontan und verkündet umgehend die Verlobung. Seine Entourage freut sich über die bevorstehende Hochzeit.

Der Verehrer ist natürlich die USA, und die junge Dame, die sie nicht für sich gewinnen konnte, ist Indien. Da Washington New Delhi – und auch andere Länder – nicht davon überzeugen konnte, dass es in ihrem Interesse liegt, den Kauf von russischem Öl einzustellen, griff es zu der einzigen ihm bekannten Zwangsmaßnahme: Sanktionen und die Androhung von Sekundärsanktionen.

Diejenigen, die den jüngsten Vorstoß der Trump-Regierung begrüßen, Russland durch Sanktionen gegen die Ölkonzerne Rosneft und Lukoil unter Druck zu setzen, scheinen sich überhaupt nicht an der Zwanghaftigkeit und Kurzsichtigkeit dieses Sieges zu stören – wenn es denn überhaupt ein Sieg ist, was ziemlich zweifelhaft ist.

Das erklärte Ziel der neuen Sanktionen ist laut Finanzminister Scott Bessent, „die Kriegsmaschinerie des Kremls“ zu ersticken. Trump glaubt – oder gibt vor zu glauben –, dass er den russischen Präsidenten Wladimir Putin so beeindruckend kann, dass dieser einem sofortigen Waffenstillstand zustimmt und vermutlich die nationalen Interessen Russlands aufgibt.

Mittlerweile sollte klar sein, dass Russland sich einem solchen Druck nicht beugen wird. Es sollte auch klar sein, dass wir derzeit die neueste Folge des Sanktions-Theaters erleben – wenn auch mit tiefgreifenden wirtschaftlichen Folgen dieser Haltung.

Öl bleibt das Lebenselixier jeder industriellen Wirtschaft und ist daher nicht verhandelbar. Russisches Öl ist fungibel, aber für das globale System unverzichtbar. Um es zu ersetzen, müssten jährlich Hunderte Millionen Barrel pro Jahr ersetzt werden, was schwerwiegende wirtschaftliche Auswirkungen hätte. Wie viele bereits betont haben, besteht ein Paradoxon im Kern jedes ernsthaften Versuchs, russisches Öl vom Markt fernzuhalten: Dies würde lediglich zu einem Anstieg der weltweiten Preise führen und damit indirekt die russischen Einnahmen abfedern.

Die Wirksamkeit der neuen Beschränkungen wird eindeutig davon abhängen, wie eifrig die USA sie durch sekundäre Sanktionen gegen Unternehmen, die mit russischem Öl handeln, durchsetzen. Aber wenn man von den Erfahrungen der Vergangenheit ausgeht, wird Washington nicht in der Lage sein, einen umfassenden Druck aufrechtzuerhalten – schon allein deshalb, weil die Märkte es aus dem oben genannten Grund dazu zwingen werden.

Eine laxe Durchsetzung hält den globalen Markt funktionsfähig und verhindert einen chaotischen Preisanstieg. Westliche Politiker können so politische Punkte sammeln, indem sie gegenüber Russland eine harte Haltung einnehmen, ohne jedoch zu viel Druck auszuüben. So entsteht eine Art Gleichgewicht in der Grauzone, das als Ausweichposition dient und eine Instabilität auf Systemebene verhindert.

Ja, es ist möglich, die Kosten für Russland zu erhöhen, was bereits in der Vergangenheit geschehen ist und auch jetzt unvermeidlich sein wird. Die Mengen werden wahrscheinlich eine Zeit lang gedrückt bleiben, die Rabatte werden größer und die logistische Komplexität wird zunehmen. Aber wie die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt haben, werden Lösungen gefunden werden. Die Vorlage für diese Lösungen ist bereits vorhanden.

Letztendlich schafft dieses performative Unterfangen lediglich ein Druckventil: Russland spürt Reibungen, die westlichen Mächte bewahren zumindest untereinander einen Anschein von Glaubwürdigkeit, und, was wichtig ist, die Märkte bleiben geordnet.

Es stimmt, dass Berichte aufgetaucht sind, wonach mindestens eine große indische Raffinerie beabsichtigt, ihre Einkäufe von russischem Öl „neu zu kalibrieren“. Es wurde auch berichtet, dass mehrere staatliche chinesische Ölgesellschaften ihre Lieferungen von russischem Seetransportöl aussetzen.

Es bleibt abzuwarten, wie Indien vorgehen wird. Es wird mit ziemlicher Sicherheit seine Einkäufe reduzieren, möglicherweise zunächst sogar erheblich. Indien hat sich generell zurückgehalten, den USA direkt zu widersprechen, und neigt dazu, sehr vorsichtig zu sein, wenn es darum geht, seine großen Banken einem Sanktionsrisiko auszusetzen. Entgegen den Illusionen, die manche hegen, die sich mit dem fantasievollen Ende des pro-BRICS-Spektrums beschäftigen, hat Indien kein Interesse daran, die Angelegenheit so weit zu treiben, dass es zu einem größeren Bruch mit dem Westen kommt.

Allerdings sollte sich niemand der Illusion hingeben, dass diese Sanktionen das letzte Wort in dieser Angelegenheit sind. Wenn man einem aufschlussreichen Austausch auf einer Konferenz in Berlin am 24. Oktober Glauben schenken darf, hat Neu-Delhi nicht die Absicht, nachzugeben.

Während einer Podiumsdiskussion wies der indische Handelsminister Piyush Goyal darauf hin, dass Deutschland bereits sowohl vom Vereinigten Königreich (das Rosneft Anfang dieses Monats selbst mit Sanktionen belegt hat) als auch von den USA eine Ausnahmegenehmigung für die Rosneft-eigenen Raffinerien beantragt habe, die rechtlich im Besitz des russischen Unternehmens sind, aber 2022 unter die Treuhandschaft der deutschen Regierung gestellt wurden.

Der britische Handelsminister Chris Bryant, der links von Goyal saß, schaltete sich ein und erklärte, dass London schnell eine Ausnahmeregelung für Berlin von den britischen Sanktionen ausgearbeitet habe, und zeigte sich zuversichtlich, dass etwas Ähnliches auch mit den Amerikanern vereinbart werden würde, was den Eindruck einer routinemäßigen Verhandlung unter Freunden erweckte. Goyal blieb jedoch hartnäckig: „Warum wird Indien herausgegriffen?“

Bryant, dem es offensichtlich an der Fähigkeit mangelte, einen Schritt vorauszudenken, stellte klar, dass es sich lediglich um eine „bestimmte Tochtergesellschaft von Rosneft“ handele.

Goyal: „Wir haben auch eine Tochtergesellschaft von Rosneft.“

Ein sichtlich verlegener Brynt konnte nur stammeln: „Kommen Sie und sprechen Sie mit uns.“

Die Doppelzüngigkeit und Heuchelei des Westens ist längst offenkundig, aber eine derart arrogante Haltung, Freunden Ausnahmen zu gewähren, während andere nach Lösungen suchen müssen, wird im Rest der Welt nicht gut ankommen. Es ist bemerkenswert, in welchem Ausmaß die USA und ihre Verbündeten bereit sind, den tiefen Groll der großen Weltmächte auf sich zu ziehen – ganz zu schweigen davon, dass sie die sogenannte regelbasierte Ordnung ad absurdum führen –, und das alles für den mageren Gewinn, vielleicht die Haushaltseinnahmen Russlands zu schmälern.

Aber es geht um mehr als nur Ressentiments und Heuchelei. Der unrealistische Kampf gegen russische Energie hat eine tiefere Ironie, die rein wirtschaftlicher Natur ist. In seinem Eifer, Russland zu bestrafen, erzeugt der Westen im Grunde genommen den Ländern, die bereit sind, mit Moskau Handel zu treiben, Rückenwind. Und so funktioniert das:

Die Sanktionen führen zu einer künstlichen Preissegmentierung auf dem Weltmarkt. Käufer, die sich an die westlichen Vorgaben halten, zahlen einen Aufpreis, weil sie russisches Öl ausschließen, wodurch die marginalen Barrel, die für diejenigen verfügbar sind, die sich weigern, russisches Öl zu kaufen, teurer werden, und weil Risikoprämien in die Referenzpreise einfließen. Unterdessen erhalten nicht konforme, neutrale Käufer diese Barrel zu einem Preisnachlass.

Dieser Unterschied ist natürlich nicht kostenlos. Russland verliert zwar einige Steuereinnahmen, weil es unter den Weltmarktpreisen verkauft, aber die Käufer sichern sich die Marge – praktisch eine Energiesubvention.

Mit anderen Worten: Sanktionen entfernen das Öl nicht aus dem System, sondern verlagern einen Teil der Einnahmen von Russlands bisherigen Kunden (und in gewissem Maße auch von Russland selbst) auf seine neuen, sanktionstoleranten Kunden. Westliche Verbraucher zahlen indirekt höhere Preise (durch angespanntere Märkte) und übertragen damit einen Teil ihrer Kaufkraft auf diejenigen, die sich für den Kauf der vergünstigten Barrel entscheiden. Dies bedeutet niedrigere Inputkosten und einen strukturellen Vorteil für diejenigen, die bereit sind, mit Russland Geschäfte zu machen, und höhere Kosten für diejenigen, die dies nicht tun.

Für Europa, wo die Energiepreise ohnehin schon zu den höchsten weltweit zählen, ist dies besonders nachteilig. Russland hingegen könnte rein finanziell gesehen etwas verlieren (wenn auch nicht unbedingt, falls das allgemeine Preisniveau steigt), befindet sich jedoch im Zentrum der neuen Handelsnetzwerke und der sich entwickelnden Nicht-Dollar-Abrechnungsmechanismen.

Dieser indirekte Vermögenstransfer ist genau das moralische Risiko, das mit der Verhängung von Sanktionen in einer Welt mit knappen Ressourcen verbunden ist. Anstatt den vermeintlichen Übeltäter zu isolieren, führen sie lediglich zu einer Umgestaltung der Handelsnetzwerke, oft in einer Weise, die die relative Position der sanktionierenden Koalition untergräbt. Die Unübersichtlichkeit des Umgestaltungsprozesses selbst mag eine kurzlebige Illusion des Erfolgs vermitteln, aber langfristig ist dies keine erfolgreiche Strategie.